

Wir schenken Ihnen reinen Wein ein

Anja Molnar: „Sagen, was ist, und das Notwendige tun“

Liebe Nachbarinnen und Nachbarn, politische Parteien unterscheiden sich nicht nur in dem, was sie versprechen, sondern auch, wie sie mit ihren Wählerinnen und Wählern umgehen. Wir Liberale sagen: Wir schenken Ihnen reinen Wein ein. Nur wer den Mut hat, die Dinge so zu beschreiben, wie sie sind, ist auch in der Lage, angemessene, sachgerechte Lösungen zu finden.

Bestes Beispiel ist die Tangentiale Verbindung Ost (TVO). Mehr als zwei Jahre braucht die Senatsverwaltung bereits, um nach der Einleitung des Planfeststellungsverfahrens über die Anregungen und Bedenken von öffentlichen Stellen und fast 700 Privatpersonen zu befinden. Der Senat räumt inzwischen die in den Medien breit diskutierten Hindernisse ein: Klärungsbedarf mit der Bahn über Flächennutzungen, davonlaufende Kosten und erhebliche Eingriffe in die Natur. Ohne darauf jedoch auch nur mit einem Wort einzugehen, verspricht der Abgeordnete Johannes Martin (CDU): „Die vollständige Absicherung des Baus der TVO wird Grundvoraussetzung für die Zustimmung zur nächsten Regierung sein.“ Das erinnert fatal an ein vergleichbares Versprechen, das sein Vorgänger, Christian Gräff, Ihnen, den Wählerinnen und Wählern, vor der Wahl 2023 gab: „Ich werde keiner Koalition auf Landesebene zustimmen, bei der

die ungerechte Verteilung der Grundsteuer für den östlichen Teil Berlins



Anja Molnar, Spitzenkandidatin der FDP für die Bezirksverordnetenversammlung

nicht verändert wird.“ Tatsächlich wurde das noch von Rot-Rot-Grün eingeleitete Gesetz mit ein paar kosmetischen Änderungen, aber ansonsten unverändert durch die neue Regierung umgesetzt. Für Besitzer von Eigenheimen, die seit den 90er Jahren im Bezirk neu gebaut wurden, bedeutete das vielfach eine Verdoppelung bis Verdreifachung der bisherigen Grundsteuerlasten.

Für die Grundsteuerreform hatte die FDP ein einfacheres, das Flächenmodell, vorgeschlagen. Und in Sachen TVO werben wir Liberale bereits seit zwei Jahren für eine Trassenführung, die die Hindernisse aufgreift, statt sie zu leugnen: die Trennung des Fuß- und Radwegs vom Kfz-Verkehr.

Das nächste Beispiel ist die Frage nach Wohnraum für alle Berlinerinnen und Berliner. Statt, wie die Linke, allen Berliner Vermietern latent kriminelle Machenschaften zu unterstellen und im Bezirk zusätzlich vier Verwaltungsstellen für eine „Mietenpolizei“ zu fordern, die Wohnungsinserate auf unredliche Angebote scannen soll, wäre es besser, den Mangel zu beseitigen, statt ihn zu verwalten. Als Mitglied des Landesvorstands der LINKEN fordert Björn Tielebein den Bau von jährlich 7.500 preisgünstigen Wohnungen durch die landeseigenen Wohnungsgesellschaften. Als Fraktionsvorsitzender im Bezirk bekämpft er jedoch jedes größere Bauvorhaben dieser Unternehmen und profiliert sich als Sprecher des Widerstands dagegen. Beispiele sind das Tal-Center und die Kleeblatt-Passage. Wer sich städtebaulich und wirtschaftlich tragbaren Lösungen verweigert und sich die Situation von 1986 zurückwünscht, überlässt die verlassenen Geschäfte dem Vandalismus und fördert vernachlässigte Kieze.

Politik hat nicht immer die einfachsten Antworten. Wir suchen nach pragmatischen Lösungen ohne ideologische Scheuklappen. Darum bitte ich um Ihre Stimme für die FDP.

Ihre
Anja Molnar

„Zu viele Fälle, zu wenige Schutzräume“, das ist die prägnante Zusammenfassung der Antwort von Bezirksbürgermeisterin Nadja Zivkovic auf eine Einwohneranfrage von Anne-Katrin Schulze (FDP) in der BVV zu Fällen häuslicher Gewalt. Mit jeweils über 1.500 Fällen in den Jahren 2023 und 2024 lagen die Zahlen über dem Berliner Durchschnitt. Auch für

„Häusliche Gewalt in den Blick nehmen“

2025 zeigt sich im Land ein bedenklicher Zuwachs von 4,9%.

„Erschreckend ist die von der Verwaltung genannte wahrscheinliche Dunkelziffer von 95%, deshalb muss das Thema häusliche Gewalt viel

stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt werden,“ so Anne-Katrin Schulze. „Frauen und ihre Kinder müssen in einer akuten Notsituation Zuflucht und Schutz finden können.“ Der Bezirk müsse die erforderlichen Beratungs- und Unterstützungsangebote sicherstellen und seiner Verantwortung für den Kinderschutz nachkommen.

Warum ich bei den Liberalen bin

Wenn es um die sichere Rente, sichere Arbeitsplätze oder bezahlbaren Wohnraum geht, dann wird deutlich: Es fehlt die klare liberale Stimme in Deutschland. Geradezu scheint es bei vielen so, als wären diese Themen links und bedürften demnach einer linken Politik. Es dürfen aber nicht einseitig den jungen Menschen künftige Lasten aufbürdet werden. Bei der Migration gäbe es angeblich nur rechts. Gesellschaftlich erkennen wir das Erstarken der beiden Ränder, links und rechts, und die demokratische Mitte, die Stimme der Vernunft, verschwindet.

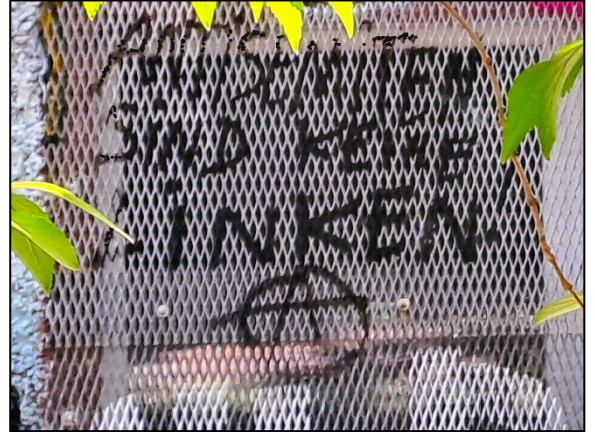
Ich engagiere mich dafür, dass die Freien Demokraten mit einer freiheitlichen Politik nah beim Menschen, egal aus welcher Schicht, ankommen: mit klaren Antworten auf die Probleme im Alltag. Ich bin im April 2026 der FDP beigetreten und engagiere mich gegenwärtig u. a. als Mitglied des Vorstandes der Jungen Liberalen im Bezirk.

Kangge Zhijun Yuan

18 Jahre alt, Dualer Student bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport und an der Hochschule für Wirtschaft und Recht

Bezirk darf keine politische Gewalt dulden

„Es ist schon erschreckend zu erleben, dass Gruppen aus der linken Szene innerhalb kurzer Zeit Menschen mobilisieren können, um auf politische Gegner einzuschlagen – ausgerechnet, weil diese Antisemitismus in den eigenen Reihen kritisiert haben – und das mitten im Herzen Hellersdorfs. Politische Gewalt ist nicht akzeptabel, egal ob sie von rechts oder von links kommt. Sie muss vom Rechtsstaat konsequent unterbunden werden.“ Dieses Fazit zog Benjamin Dahler, Sprecher des Bezirksausschusses der FDP, nach den gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen zwei linken Gruppen im Jugendzentrum „La Casa“ an der Wurzener Straße. Eine Gruppe hatte das Haus besetzt, weil sie nach eigenen Angaben ein massives Antisemitismus-Problem innerhalb der eigenen Szene anprangern wollte. Die Antwort darauf war offenbar nicht Selbstkritik, sondern die Mobilisierung von rund 20 Vermummten in Kampfmontur, die mit Steinen, Latten und Feuerlöschern auf die Besetzer losgegangen sind. Es liegt in der Verantwortung des Betreibers, gewalttätigen Kräften in seiner Einrichtung keinen Raum zu bieten und für ein friedliches Miteinander aller Nutzer zu sorgen. „Der Verein muss öffentlich machen, wie er mit den geschilderten Vorwürfen umgegangen ist und was er künftig tut, damit sich so etwas nicht wiederholt,“ fordert Dahler. Dieser Vorfall zeigt aber auch, dass Bezirksamt, Senat und Landeszentrale für politische Bildung ihre Förderpraxis gegenüber Projekten stetig überprüfen müssen. Wer mit öffentlichen Mitteln politische Bildungsarbeit leistet, muss glaubwürdig und wirksam gegen jede Form von Gewalt und Antisemitismus vorgehen – sonst muss die Förderung beendet werden. „Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass mit Steuergeldern extremistische und gewaltbereite Gruppen unterstützt werden.“



Ärgern Sie sich auch über manches, was im Bezirk passiert? Ihr Kreuz deshalb als Protest zu vergeben, ist vielleicht nicht die wirksamste Lösung. **Besser ist: Sie engagieren sich selbst.** Wir Freie Demokraten wünschen uns **Menschen** in unserer Mitte, **die gestalten wollen** und **denen ihre persönliche Freiheit und die Freiheit der Gesellschaft am Herzen liegen.**

Schreiben Sie einfach eine Mail an:
mitmachen@fdp-mahe.de

Ein Zeichen gegen Unmenschlichkeit

Im Rahmen der nationalsozialistischen „Aktion T4“ wurden auch in der damaligen Heil- und Pflegeanstalt Wuhlgarten hunderte Patientinnen und Patienten ermordet. An die Opfer dieses menschenverachtenden Verbrechens erinnert heute ein Mahnmal auf dem Gelände des Wuhlgartens. Die Stelen mit den Namen der Ermordeten, wurden in der Vergangenheit wiederholt mutwillig beschädigt. Um die Erinnerung an die Opfer zu bewahren und ein sichtbares Zeichen gegen das Vergessen zu setzen, hat die FDP Marzahn-Hellersdorf die Wiederherstellung des Mahnmals mit einer Spende von 400 € unterstützt. Konrad Klamann, stellvertretender Bezirksvorsitzender der FDP: "Die Zerstörung der Stelen gemahnt daran,

dass Menschenverachtung und Intoleranz nach wie vor in der deutschen Gesellschaft präsent sind. Dem entgegenzutreten ist unsere Pflicht als Demokraten."

